

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Federführender Fachbereich Jugend und Soziales		Drucksachen-Nr. 551/2002
		<input checked="" type="checkbox"/> Öffentlich
		<input type="checkbox"/> Nicht öffentlich
Beschlussvorlage		
Beratungsfolge ▼	Sitzungsdatum	Art der Behandlung (Beratung, Entscheidung)
Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)	25.09.2002	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Zielvereinbarung für die soziale Versorgung der Seniorinnen/ Senioren

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird beauftragt

1. den vorliegenden Entwurf entsprechend den Diskussionsbeiträgen und Empfehlungen der heutigen Sitzung weiterzuentwickeln,
2. den Seniorenbeirat zur Zielvereinbarung anzuhören,
3. mit den im Feld „Altenhilfe“ tätigen freien Trägern die Zielvereinbarung zu erörtern und entsprechende Leistungsvereinbarungen vorzubereiten, so dass diese noch in 2002 abgeschlossen werden können,
4. die überarbeitete Zielvereinbarung zur Beschlussfassung in die November-Sitzung des Jugendhilfe- und Sozialausschusses einzubringen.

Sachdarstellung / Begründung

Mit dem Entwurf dieser Zielvereinbarung wird die Umsetzung der zur Beschlussfassung vorliegenden Rahmenrichtlinien begonnen.

Der im Frühjahr angedachte Zeitablauf ist nicht umfassend einzuhalten, da durch die Zusatzbelastungen, insbesondere durch die Produktkritik, aber auch durch Personalausfall, die Arbeiten nicht zum vorgesehenen Zeitpunkt ausgeführt werden konnten.

Sinn der Zielvereinbarung ist es, für das Aufgabenfeld der Altenhilfe die Ressourcen so zu bündeln, dass durch Schwerpunktsetzungen stadtweit ein bedarfsgerechtes Angebot vorgehalten werden kann. Ergänzend zu den zentralen Einrichtungen sollen für bestimmte Zielgruppen und in bestimmten Wohnquartieren ergänzende Angebote erhalten und entwickelt werden.

Das in der Beschlussempfehlung vorgesehene Verfahren soll sicherstellen, dass rechtzeitig vor Ende des Jahres für die Träger Klarheit über die Finanzierung der Dienste und Einrichtungen in den Jahren 2003 bis 2007 geschaffen wird.

Die Verwaltung beabsichtigt, mit den freien Trägern kurzfristig zu verhandeln, um

1. je Einzugsbereich einer Arbeitsgemeinschaft Altenarbeit mind. eine Begegnungsstätte abzusichern,
2. die übrigen Begegnungsstätten unter dem Aspekt einer ergänzenden Versorgung umzugestalten,
3. den Bestand an Altenclubs abzusichern.

Anlage